

Verband Deutscher Studentenschaften · 53 Bonn · Postfach

5300 Bonn

Postfach

Kaiserstraße 71

Telefon (02221) 63 16 26 - 28

Cable Studverband Bonn

An die

Fraktion der

im Deutschen Bundestag

z.Hd. des Fraktionsvorsitzenden

Herrn

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

15. Januar 1974

O F F E N E R B R I E F

Betr.: Entscheidung der Bundesregierung vom 12. Dezember
1973 zur Ausbildungsförderung nach dem BAFöG

Sehr geehrter Herr

Am 12. Dezember des vergangenen Jahres hat die Bundesregierung beschlossen, die Bedarfssätze und Elternfreibeträge nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf 500 DM bzw. 1200 DM anzuheben. Ein Zeitpunkt wurde jedoch nicht festgelegt. Weiterhin - so teilte Regierungssprecher Grünewald mit - gehe die Bundesregierung davon aus, daß die beschlossenen Veränderungen erst zum 1. Januar 1975 in Kraft treten. Diese Tatsache hat nicht nur an den Hochschulen, sondern zugleich bei all jenen Empörung hervorgerufen, die durch zahlreiche Aktionen der letzten Wochen und Monate - vor allen in den Stadtzentren - für die Unterstützung der studentischen Forderungen gewonnen werden konnten.

In den letzten Tagen haben Sprecher einzelner Fraktionen des Deutschen Bundestages (so der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU - Fraktion Anton Pfeifer und für die SPD - Fraktion Rolf Meinicke) erklärt, daß sie die Entscheidung der Bundesregierung für unzureichend halten. Von keiner Fraktion liegt jedoch bisher eine verbindliche Stellungnahme vor, welche konkreten Schritte jetzt eingeleitet werden sollen. Dies wiegt unserer Ansicht nach umso schwerer, als es der Deutsche Bundestag gewesen ist, der im Sommer den Bericht gem. § 35 BAFöG angefordert

hat. Wir möchten Ihnen daher heute eine Reihe von Fragen übermitteln, um deren Beantwortung wir Sie bitten möchten:

- 1.) Der VDS fordert angesichts der gerade zu Beginn dieses Semesters erheblich verschärften sozialen Lage vieler Studenten die Anhebung des BAFÖG - Höchstsatzes auf 500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM mit Wirkung vom 1. Oktober 1973. Der Beirat für Ausbildungsförderung gem. § 44 BAFÖG hat sich ebenfalls für den 1.10. des vergangenen Jahres als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Anhebung eingesetzt.

Unterstützt Ihre Fraktion diese Forderungen des VDS, insbesondere auch im Hinblick auf den Zeitpunkt? Geht Ihre Fraktion ebenso wie der VDS und die Gewerkschaften davon aus, daß noch in diesem Jahr als weiterer Schritt zur kostendeckenden Ausbildungsförderung eine Anhebung auf 600 DM erforderlich ist?

- 2.) Der VDS hat ebenso wie die Gewerkschaften deutlich gemacht, daß eine BAFÖG - Anhebung unter keinen Umständen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen darf. Der VDS hat konkrete Vorschläge zur Finanzierung erarbeitet

Welche Vorstellungen hat Ihre Fraktion ggf. zur Verwirklichung der notwendigen Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge (insbes. zur Frage der Finanzierung) ?

(Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang um sehr genaue Angabe der ins Auge gefaßten Etatposten bzw. anderen Maßnahmen bitten)

- 3.) Welche Maßnahmen (über bloße Stellungnahmen und Erklärungen hinaus) hat Ihre Fraktion bereits eingeleitet, um eine Verbesserung der derzeitigen BAFÖG - Situation vieler Studenten zu erreichen? Welche Schritte sind geplant? Ist von seiten Ihrer Fraktion ein eigener Gesetzesentwurf zur Änderung der Bedarfssätze und Freibeträge vorgesehen ?

Angeichts der Tatsache, daß eine Anhebung der BAFÖG - Sätze und Freibeträge erst zum 1. Januar 1975 für zahlreiche Studenten unübersehbare finanzielle Konsequenzen haben würde und angesichts der Tatsache, daß dieses Problem daher gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion an den Hochschulen steht, möchten wir Sie um eine möglichst umgehende Stellungnahme bitten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand des Verbandes
Deutscher Studentenschaften

Für den Vorstand

ges. R. Pfeifer

(Reinhard Pfeifer)